

Regimewechsel in Kuba: Die USA werden ihn nicht erreichen können

26 Mär. 2026 13:09 Uhr

Vor dem Hintergrund der offensichtlichen Pattsituation im Iran wird US-Präsident Donald Trump wahrscheinlich auf die Idee kommen, den Druck auf Kuba zu erhöhen. Obwohl er damit Erfolg haben könnte, ist es unwahrscheinlich, dass es ihm gelingen wird, das Machtgefüge in Havanna grundlegend zu verändern.



© KI-generiert
Symbolbild

Von Sergei Lebedew

US-Präsident Donald Trump äußerte gegenüber Journalisten, dass er damit rechne, "die Ehre" zu haben, in der einen oder anderen Form die Kontrolle über Kuba zu erlangen. In der Tat könnte die Übernahme der Kontrolle über die Insel ein bemerkenswerter Erfolg für Donald Trump sein, betrachtet man diesen aus dem Blickwinkel der US-Geopolitik.

Tatsächlich "verschließt" Kuba den Golf von Mexiko und ist damit in der Lage – vorbehaltlich der militärischen Unterstützung durch die US-Gegner – das gesamte Gewässer lahmzulegen. Dieses Szenario erscheint im Moment rein abstrakt, da die Stationierung russischer oder chinesischer Waffen auf Kuba eine offensichtliche Eskalation darstellen würde. Sollte die derzeitige Konfrontation jedoch in eine noch schärfere Phase eintreten, könnte sich die oben erwähnte Abstraktion in einen konkreten militärischen und logistischen Albtraum für die Vereinigten Staaten verwandeln. Aus diesem Grund versucht Washington seit der kubanischen Revolution vergeblich, einen Weg zu finden, dieses Land unter seine Kontrolle zu bringen.

Es wäre zudem ein wichtiger Imagegewinn und ideologischer Erfolg, Kuba in einen Satelliten der USA zu verwandeln. Dadurch könnte Trump sich einen gewissen Einfluss im US-Kongress auch nach den Zwischenwahlen sichern.

Auch wenn Trump behauptet, er könne mit der Insel tun, was er will, ist sein Instrumentarium in Wirklichkeit sehr begrenzt. Ein Regimewechsel nach venezolanischem Vorbild scheint höchst unwahrscheinlich. Für diejenigen, die sich mit den Sozialwissenschaften beschäftigen, wird Kuba fest mit einer charismatischen Regierung assoziiert – die Ära unter der Führung von Fidel Castro wird in Lehrbüchern als Paradebeispiel für ein System angeführt, das um eine starke Persönlichkeit herum aufgebaut wurde.

Doch diese These trifft nun nicht mehr zu – vielmehr konnte die kubanische Elite ein System kollektiven Regierens schaffen, in dem der Präsident Kubas, Miguel Díaz-Canel, eher ein Erster unter Gleichen ist als der traditionelle Revolutionsführer der Insel. Diese Nuance macht das politische Regime in Kuba resistent gegen Versuche von Enthauptungsschlägen oder einer gewaltsamen Machtübernahme.

Bei der Vorbereitung der Operation zur Entführung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro pflegten die USA bereits vorab Kontakte zur venezolanischen Elite und waren auf der Suche nach einem geeigneten Nachfolger. Im Hinblick auf Kuba orientiert sich Washington eher an der Meinung der kubanischen Gemeinde, die in der Regel heftig antikommunistisch eingestellt ist und den Zwangsdruck auf die Insel befürwortet, als an den informellen Kontakten mit den kubanischen Eliten. Theoretisch könnten die USA daher versuchen, das gleiche Szenario wie in Venezuela umzusetzen, aber es ist unwahrscheinlich, dass dies zu langfristigen Veränderungen im kubanischen politischen System führen würde.

Aus diesem Grund versuchen die USA derzeit, die Insel wirtschaftlich in den Würgegriff zu nehmen. Um Havanna den Zugang zu internationalen Finanzmitteln zu erschweren, wurde Kuba bereits im Januar 2025 wieder auf die Länderliste der Sponsoren des Terrorismus gesetzt – das war fast die erste Amtshandlung von Trump. Im Sommer 2025 unterzeichnete Trump ein Nationales Sicherheitsmemorandum, das Geschäfte mit kubanischen Unternehmen verbietet – vor allem mit der GAESA-Holding, die im Grunde die Wirtschaft der Insel kontrolliert. Das Dokument enthält auch ein De-facto-Verbot für US-Amerikaner, als Touristen nach Kuba zu reisen. Der heikelste Schritt war jedoch die Einschränkung der venezolanischen Öllieferungen an Kuba, nachdem Maduro entführt wurde.

Ohne Treibstoff ist die Insel mit anhaltenden Stromausfällen und einer echten humanitären Krise konfrontiert. Trumps Strategie ist in dieser Hinsicht offensichtlich – er rechnet mit Massenprotesten im Land sowie damit, dass sich innerhalb der kubanischen Elite eine Gruppe herausbildet, die zur Zusammenarbeit mit den USA und zur Integration in die Weltwirtschaft bereit wäre. Dieses Szenario klingt recht realistisch, vor allem wenn man bedenkt, wie ein Großteil der US-Politiker und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens die Welt betrachten.

Es ist jedoch auch denkbar, dass sich die Situation anders entwickelt – die kubanische Bevölkerung ist in der Lage, zwei und zwei zusammenzuzählen und zu dem Schluss zu kommen, dass die USA für die aktuelle Krise verantwortlich sind. In diesem Fall kann Washington nur den Effekt des nationalen Zusammenhalts erreichen, der häufig in Ländern zu beobachten ist, die sich im Zustand eines außenpolitischen Konflikts befinden. Für das erste Szenario spricht die psychische Ermüdung der kubanischen Bevölkerung aufgrund der Unfähigkeit ihrer Regierung, wirksam auf die wirtschaftlichen Herausforderungen zu reagieren. Ob sich das zweite Szenario verwirklichen lässt, hängt weitgehend von

der Effektivität der innerkubanischen Propaganda ab (was bei Stromausfällen besonders schwierig ist) sowie davon, wie zügig die wirtschaftlichen und humanitären Hilfen der wichtigsten antiwestlichen Akteure ankommen.

Die Szenarien einer "proamerikanischen Revolution" und einer "antiamerikanischen Mobilisierung der Nation" in Kuba beschreiben zwei Extreme. In der Mitte liegt eine Situation, in der das derzeitige politische Regime in Havanna nur geringfügige politische Zugeständnisse gegenüber den USA macht und ernsthaftere wirtschaftliche Veränderungen vornimmt. In diesem Fall kann Trump verkünden, dass er einen weiteren "Deal des Jahrhunderts" gemacht habe, und sich selbst zum Sieger erklären, während die kubanischen Behörden ihre Position teilweise festigen könnten. Der Preis dafür wäre eine verminderte Intensität der antiamerikanischen Rhetorik und eine Zunahme der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten. Wie stark diese Abhängigkeit sein wird, hängt davon ab, wie gut es Kuba gelingt, seine Außenwirtschaftsbeziehungen zu diversifizieren, und wie stark die Länder des Globalen Südens zu diesem Prozess beitragen werden. Mit anderen Worten: Kubas Verwandlung in einen US-Satelliten ist nach diesem Szenario nicht vorprogrammiert.

Aus der Sicht Moskaus oder Pekings wäre ein proamerikanischer Putsch in Kuba das unerwünschteste Szenario, während die beiden anderen Optionen Handlungsspielraum lassen.

Dabei ist davon auszugehen, dass weder Moskau noch Peking diesen Konflikt – wenn auch nur implizit – ignorieren könnten.

Übersetzt aus dem Russischen. Der [Artikel](#) ist am 25. März 2026 zuerst auf der Homepage der Zeitung "Wsgljad" erschienen.

Sergei Lebedew ist ein russischer Politikwissenschaftler. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Weltwirtschaft und Strategie an der Wirtschaftshochschule Moskau.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln